

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Klaus Adelt

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Ganserer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

AdBlue Betrug durch osteuropäische LKW verhindern - Für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe (Drs. 17/16316)

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort. Ich bitte um große Aufmerksamkeit für Herrn Kollegen Rotter. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ZDF hat bereits im Januar darüber berichtet, dass ihm exklusive Messdaten und Unterlagen vorlägen, die einen Lkw-Abgasskandal belegten, der den Pkw-Skandal weit in den Schatten stellen soll. Experten halten den Umweltschaden für doppelt so groß wie bei den Abgasmanipulationen von VW in den USA. Dabei geht es um AdBlue, einen Zusatzstoff, den moderne Dieselmotoren zur Abgasreinigung in die Auspuffanlage einspritzen.

Bei den aktuellen Lkw-Modellen ist es möglich, die Euro-5- oder gar die Euro-6-Norm zu erreichen. Ich war zunächst überrascht, was alles machbar ist. Das ist "eine absolut saubere Technologie, die Lkw besser dastehen lässt als viele moderne Diesel-Pkw", so Prof. Dr. Koch vom Karlsruher Institut für Technologie. Doch dieser Zusatzstoff AdBlue, Harnstoff, kostet Geld. Das wollen kriminelle Speditionen und Fahrer offenbar sparen.

Im Internet verkaufen Anbieter Geräte, die dem Lkw vorgaukeln, mit AdBlue zu fahren, obwohl dies nicht der Fall ist. Tatsächlich wird die Anlage schlicht lahmgelegt, und sogar die Bordelektronik wird ausgetrickst, sodass bei oberflächlichen Kontrollen nichts Auffälliges zu sehen ist. Ein sogenannter Emulator, ein im Nachhinein eingebautes schwarzes Kästchen, das im Internet frei erhältlich ist, gaukelt dem Bordcomputer vor, dass AdBlue in die Abgasanlage eingespritzt wird. Tatsächlich ist der AdB-

lue-Tank aber leer; der Motor verbrennt ausschließlich Diesel. Aus dem Auspuff qualmt das bis zu Fünffache an Stickoxiden. Dieser Anteil wäre geringer, wenn dieser Emulator nicht eingebaut wäre, wenn also tatsächlich der Zusatzstoff AdBlue mitverbrannt würde.

Die Verkehrspolizeiinspektion Nürnberg hat eine Routinekontrolle durchgeführt. Bei einem dabei gestoppten Lkw-Fahrer wurde festgestellt, dass er für diesen Emulator 90 Euro inklusive Einbau bezahlt hat. Der Fahrer hat der Polizei sogar die Rechnung vorgelegt. Die Verkehrspolizeiinspektion Nürnberg hat bei dieser Routinekontrolle noch fünf weitere solcher Fahrzeuge festgestellt und diese Fälle an die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth weitergemeldet. Diese wird gegen die Fahrer wegen des Verdachts des Computerbetrugs und des Verdachts der Luftverunreinigung ermitteln. Weitere Ordnungswidrigkeiten oder Straftatbestände stehen im Raum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut den Recherchen des ZDF sind circa 20 % der osteuropäischen Lkw mit sogenannten AdBlue-Emulatoren ausgestattet, die die Bordelektronik manipulieren und so die Harnstoffeinspritzung umgehen. Manipulierte Lkw sparen im Schnitt circa 2.000 Euro pro Jahr an AdBlue- und Mautkosten. Die Lkw-Maut orientiert sich bekanntlich daran, wie sauber ein Fahrzeug ist. Diese Leute sparen sich Mautkosten, weil sie in einer günstigeren Lkw-Mautklasse fahren. Durch diesen Betrug verschaffen sich osteuropäische Speditionen klare Wettbewerbsvorteile gegenüber heimischen Speditionen, die ohnehin über erschwerte Wettbewerbsbedingungen klagen, weil Ausländer den Fahrern nicht einmal den Mindestlohn, geschweige denn den bei uns gültigen Tariflohn bezahlen.

Das zuständige Bundesamt für Güterverkehr kontrolliert derartige Manipulationen derzeit nicht gezielt. Durch diesen Betrug entsteht dem Fiskus ein enormer finanzieller Schaden, der sich auf bis zu 110 Millionen Euro beläuft. Die zusätzlichen Stickoxid-Belastungen werden auf 14.000 Tonnen pro Jahr geschätzt. Hinzu kommt die enorme Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil unserer heimischen Speditionen.

Daher unser Dringlichkeitsantrag, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sich auf der Bundesebene gegen den Betrug durch sogenannte AdBlue-Emulatoren in Lkw und für einen fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe einzusetzen. Dazu sind ein klarer Rechtsrahmen, eine Erhöhung der Kontrolldichte durch das Bundesamt für Güterverkehr und eine entsprechende technische Ausstattung seiner Kontrollteams erforderlich. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt spricht Herr Kollege Adelt für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Adelt (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dringlichkeitsantrag der CSU könnte man mit dem Titel "Von Deutschland lernen" überschreiben; denn man hat aus dem VW-Abgasskandal nichts gelernt. EDV-Systeme wurden entwickelt, mit denen die AdBlue-Einspritzung ausgeschaltet werden kann. Die manipulierten Werte bei VW und die jetzt bekannten Manipulationen haben eines gemeinsam: Sie schaden der Umwelt ungemein und müssen deshalb umgehend verhindert werden.

Herr Kollege Rotter hat die Sendung "Frontal 21" erwähnt. Damals, am 17. Januar, hat das Verkehrsministerium nichts von diesen Manipulationen gewusst. Der angesprochene Sachbearbeiter hatte davon keine Ahnung. Ich finde es gut, dass die CSU jetzt ihren eigenen Minister auffordert, endlich etwas zu tun. Die Unterstützung der SPD haben Sie.

(Beifall bei der SPD)

Damals wurde deutlich, dass das Entdeckungsrisiko beinahe bei Null liegt; denn der Emulator kann einfach angesteckt oder wieder abgezogen werden. Das ist kein Problem. Ich gebe Ihnen recht: Das Personal des BAG ist derzeit zu solchen Kontrollen nicht in der Lage. In der Bundesrepublik Deutschland sind gerade einmal 1.700 Beam-

tinnen und Beamte unterwegs. Diese Beamten haben nicht die Möglichkeit, auf die EDV zuzugreifen, es sei denn, sie durchsuchen die Fahrerkabine. Außerdem fehlt ihnen dafür die Ausstattung, die sie dringend bräuchten.

Noch ein Hinweis zu Osteuropa: Ich finde, es ist nicht fair, auf Osteuropa einzuschlagen, einfach deswegen, weil meistens Tochterfirmen deutscher Speditionen mit polnischen Kennzeichen unterwegs sind.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Aha! – Herbert Woerlein (SPD): Ein dickes Ei!)

– Sehr viele! Außerdem kommen die Lkw ohnehin aus Westeuropa: Mercedes, Scania, MAN, DAF und auch Volvo. Ich bin überrascht ob des günstigen Preises, den Herr Rotter herausgefunden hat. Mir liegt ein Angebot für einen Volvo über 129 Euro vor. Es ist also absolut ein gutes Geschäft.

Die Verkehrskontrollen müssen allerdings mit in Betracht gezogen werden. Landespolizeipräsident Schmidbauer hat permanente Kontrollstellen für den Lkw-Verkehr gefordert. Das ständige Auf- und Abbauen der Kontrolleinrichtungen erfordert viel Zeit und Kraft. Stationäre Kontrollstationen dagegen hätten sehr viele Vorteile: Eine Waage, eine permanente Grube und die entsprechende EDV-Ausrüstung zum Aufdecken von Manipulationen in der Fahrzeugbordelektronik wären vorhanden. Außerdem wäre es für das Personal von Polizei und BAG wesentlich besser, wenn es in überdachten Räumen arbeiten und Toiletten, Umkleiden und andere soziale Einrichtungen nutzen könnte. Landespolizeipräsident Schmidbauer hat Fahrenzhausen an der A 9 angesprochen; dadurch würde Manching erheblich entlastet. Viele kennen die Belastung dort, wenn der Verkehr kontrolliert und die Geschwindigkeit heruntergeregelt wird. Diskutiert wurde auch darüber, dass eine Rastanlage im Moos bei Bad Feilnbach verwendet werden könnte. Herr Schmidbauer hat darüber hinaus angeregt, an der A 9 bei Ahornberg in meiner Heimat eine Anlage zu bauen. – Ich glaube, die beiden Dinge, nämlich die Verhinderung von Manipulationen mit AdBlue und der Bau stationärer Kontrollstellen, gehören unbedingt zusammen.

Was den Dringlichkeitsantrag betrifft, kann ich die uneingeschränkte Zustimmung der SPD zusichern. Der Antrag ist in Ordnung. Lob! – Der passt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Herbert Woerlein (SPD): Ausgezeichnet!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt spricht Herr Kollege Glauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Die Fraktion der FREIEN WÄHLER wird dem Dringlichkeitsantrag der CSU zustimmen. Wir hätten es aber besser gefunden, wenn sich der Dringlichkeitsantrag nicht auf Osteuropa, sondern auf den Betrug im Speditionsgewerbe im Allgemeinen bezöge.

Kollege Rotter hat den Sachverhalt beschrieben. Es ist definitiv so: Wer AdBlue nicht tankt, verschafft sich über einen Jahreszyklus finanzielle Vorteile in Höhe von 2.500 Euro. Dabei ist der finanzielle Vorteil noch nicht betrachtet, den die Ersparnis bei der Lkw-Maut für das Unternehmen bedeutet. Von daher kann ich klare Zustimmung signalisieren.

Schade finde ich allerdings – und das ist auch die Meinung unserer Fraktion –, dass Sie nicht gleich einen Handlungsrahmen in Ihrem Dringlichkeitsantrag formulieren. Sie wollen eine Initiative und regieren in Berlin. Von daher wäre es mein Wunsch und der Wunsch der FREIEN WÄHLER gewesen, dass klare Handlungsempfehlungen für einen Gesetzesvorschlag ausgesprochen würden.

Leider erleben wir im Vollzug bei den rumänischen und polnischen Polizeikollegen ein komplett anderes Vorgehen: Dort wird ein Lkw sofort stillgelegt. Es ist beschrieben worden, dass das Fahrzeug entweder nur noch im Schleichmodus oder gar nicht mehr fährt, sobald der Systemwertgeber ausgebaut ist. Richtig wäre es, wenn unsere Polizei genauso vorgehen könnte; man könnte die Fahrzeuge sofort, an Ort und Stelle stilllegen. Dann würde es auch für die Spediteure deutlich härter; Betrug würde deut-

lich unrentabler. Insofern hätte ich mir gewünscht, dass der Dringlichkeitsantrag schon einen Handlungsrahmen vorgibt; denn es geht um einen erheblichen finanziellen Aspekt. Leider haben wir davon nichts gehört. Sie hätten schließlich jederzeit die Möglichkeit, ihn in Berlin umzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweiter Aspekt geht mit dem Ausschalten der Abgasreinigungsanlage beim Lkw mit dem Zusatz AdBlue einher, nämlich die Diskussion über die von uns nicht gewollte Pkw-Maut. Mit der Einführung der Pkw-Maut müssen wir uns auch mit der Automobilindustrie befassen. Beim Lkw ist es jederzeit möglich, den Systemwertgeber auszubauen und das Fahrzeug wieder nach der Euro-Norm 5 oder 6 fahren zu lassen. Ich sage Ihnen voraus: Das wird im Pkw-Bereich deutlich schwieriger werden. Es wird zwar funktionieren, aber das Ziel der Pkw-Hersteller wird nicht erreicht werden. Heute haben die Pkw AdBlue-Tanks für neun bis zwölf Liter. Man müsste, wie der Abgas-Skandal aufzeigt, alle 5.000 bis 7.000 Kilometer AdBlue nachtanken, wenn die Abgasreinigungsanlage voll funktioniert. Wer aber einmal AdBlue an den Händen hatte, weiß, wie unangenehm dieses Nachtanken ist. Insofern wird der jetzigen Diskussion – richtigerweise, das muss uns allen klar sein – eine Diskussion über den Umgang mit AdBlue im Pkw-Bereich folgen; denn darin ist sich, glaube ich, dieses Haus einig: Wir wollen nicht, dass im Fahrbetrieb weiterhin giftige Stickoxide in großen Mengen ausgestoßen werden. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER will demgegenüber, dass das Stickoxid gefiltert wird, dass die Anlagen funktionieren, sodass letztlich N₂ und H₂O herauskommen, wenn das System richtig arbeitet und nicht mehr betrogen wird.

Deshalb glaube ich auch, dass das nur der erste Schritt ist. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie den Mut haben, auch den Pkw-Bereich anzusprechen; denn hier liegt für uns alle ein Problem. Ich glaube, das Haus ist sich dieser Verantwortung bewusst. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Selber nichts vorlegen, aber uns sagen, wir hätten zu wenig gemacht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs eine grundsätzliche Feststellung treffen: Die Manipulation der Abgasreinigung ist alles andere als ein Kavaliersdelikt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie führt zum Erlöschen der Betriebserlaubnis für das Fahrzeug, wenn sich der Unternehmer damit auch noch einen günstigeren Mautsatz erschleicht, als er eigentlich zahlen müsste. Obendrein begeht er eine weitere Ordnungswidrigkeit. Beides können und wollen wir nicht gutheißen.

Nun zu den Inhalten und Details Ihres Dringlichkeitsantrags. Es ist schon erstaunlich: Da strahlt das ZDF Mitte Januar einen Beitrag aus, und kaum ist ein Vierteljahr ins Land gegangen, macht die CSU einen Dringlichkeitsantrag daraus. In der Zwischenzeit wurde dieser Beitrag des ZDF aber in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Seit Mitte Januar legen Polizei und das Bundesamt für Güterverkehr – BAG – bei den Kontrollen den Fokus auf den Betrug mit AdBlue-Emulatoren. Dem BAG, das für die Kontrolle der Lkw zuständig ist, sind entsprechende Fälle bekannt. Gleichzeitig betont das BAG aber gegenüber der Fachzeitschrift "trans aktuell", dass jeder Beleg für die im Fernsehbeitrag aufgestellte Behauptung, bis zu 20 % der Lkw würden den erforderlichen Zusatzstoff AdBlue nicht verwenden, fehle.

Das Online-Portal für Transport und Verkehr "Eurotransport.de" berichtet, dass nach Angaben des Schwerverkehrszentrums der Kantonspolizei in Uri in der Schweiz im Rahmen von intensiven Kontrollen insgesamt 630 Lkw auf AdBlue-Emulatoren geprüft worden sind. Nur bei 8 betroffenen Lkw wurden tatsächlich AdBlue-Emulatoren gefun-

den. Das sind die Fakten. Wenn die CSU unmittelbar nach der Ausstrahlung des Beitrags den Antrag eingebracht hätte, dann hätte man wenigstens sagen können, die CSU reagiert unmittelbar. So haben Sie aber weder schnell reagiert noch sachlich recherchiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist schon putzig, wenn die CSU versucht, sich mit dem Antrag als Retter des deutschen Speditionsgewerbes zu gerieren. Das deutsche Speditionsgewerbe leidet doch in erster Linie an dem Sozialdumping, das nach EU-Recht leider Gottes auch noch zulässig ist. Hier müssten wir gemeinsam ansetzen, hier müssten wir für Verbesserungen sorgen, um das deutsche Speditionsgewerbe zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie eingangs schon betont, werden wir den Betrug nicht dulden. Beim Lkw ist das aber kein Herstellerproblem, anders als bei den Diesel-Pkw. Seit mindestens zehn Jahren ist den in der Bundesregierung damit betrauten Personen eigentlich bekannt, dass Pkw die Grenzwerte bestenfalls auf dem Prüfstand erfüllen, im Realbetrieb die Abgaswerte aber deutlich höher sind. Schlussfolgerungen oder inhaltliche Konsequenzen aus dem Dieselskandal? – Absolute Fehlanzeige! Ihr zuständiger CSU-Bundesverkehrsminister Dobrindt macht hier auf "Minister Ahnungslos". Das ist doch eigentlich der Skandal und das politische Problem; da müssten wir dringend handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen saubere Luft, wenn Ihnen die Gesundheit der Menschen in unseren Städten wirklich am Herzen liegt, dann appelliere ich noch einmal dringend an Sie: Machen Sie endlich den Weg für die blaue Plakette frei, damit wir die Luftschadstoffe in unseren Städten wirkungsvoll und deutlich reduzieren können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gegen den Betrug mit AdBlue-Emulatoren würde es schon reichen, wenn man verstärkt kontrollieren würde. Der Kollege von der SPD hat das bereits erwähnt. Das wäre Aufgabe der bayerischen Polizei. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof mahnt in seinem Jahresbericht 2015 verstärkte Verkehrskontrollen an und empfiehlt zur Steigerung der Kontrolldichte den Aufbau von stationären Kontrollstellen. Statt auf die Zuständigkeit des Bundes in der Frage zu verweisen, sollten Sie endlich Ihre Hausaufgaben machen und sich bei der Einrichtung von stationären Kontrollstellen mehr beeilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die wirksame Kontrolle des Schwerlastverkehrs würde nämlich nicht nur gegen den AdBlue-Betrug helfen, sondern auch für deutlich mehr Sicherheit auf unseren Straßen sorgen.

Wir können dem Antrag, weil er nicht vollständig ist, nicht zustimmen. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16316, dem Antrag der CSU-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen betreffend Kirchenasyl bekannt geben, zunächst das Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kirchen-

asyle achten und Recht auf Nächstenliebe respektieren, Ermittlungen gegen Pfarrerrinnen und Pfarrer einstellen!", Drucksache 17/16315. Mit Ja haben 42 gestimmt, mit Nein 96, und es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Alexandra Hierse-
mann, Franz Schindler und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Kirchenasyl",
Drucksache 17/16337, bekannt. Mit Ja haben 45 gestimmt, mit Nein haben 82 ge-
stimmt. Es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag ab-
gelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)